



Erklärung der 24. Duderstädter Gespräche vom 8. Februar 2013

„Du bist uns wichtig!“ Jeder Jugendliche braucht eine Chance

Jugendliche, die keinen Schulabschluss erwerben und keine Berufsausbildung erlangen, haben nur geringe Chancen, ihren auskömmlichen Lebensunterhalt außerhalb von staatlichen Leistungen zu sichern. Sie sind vielfach in unserer Gesellschaft ausgegrenzt, fühlen sich abgehängt und ohne Perspektive. Im Interesse der betroffenen benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen ist es notwendig, frühzeitig und nachhaltig Hilfen anzubieten.

Kein junger Mensch darf auf dem Weg in das Berufsleben verlorengelassen!

Die Ursachen für die auftretenden Probleme sind vielfältig, sie liegen oft im familiären, sozialen oder schulischen Umfeld begründet. Daher ist es notwendig, entsprechend der Ursachen individuell und problemorientiert Lösungen zu suchen und zu finden. Dazu ist ein Zusammenwirken aller Institutionen, die für diese Problemlagen zuständig sind, notwendig. Ein frühzeitiges Erkennen von Erziehungs- und Schuldefiziten und Einleitung von Hilfsprogrammen verhindert später notwendige Maßnahmen.

Um die Situation benachteiligter Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener zu verbessern sind unter anderem folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die durch Bund und Länder vorgegeben werden, sind im Hinblick auf Verbesserungsmöglichkeiten zu untersuchen.
2. Die personellen und finanziellen Ressourcen der Träger der Familienarbeit und Familienbildung, der Jugendsozialarbeit und von Bildungseinrichtungen für benachteiligte Jugendliche und junge Menschen sind zu optimieren und zu verbessern.
3. Die für die Kinder- und Jugendarbeit zuständigen Institutionen wie Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämter, Jugendhilfeeinrichtungen sind stärker zu vernetzen, um Defizite bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und um präventiv tätig werden zu können.



4. Präventionsmaßnahmen und -programme in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie an den Schulen sind anzubieten und zu fördern. Dazu gehören auch Hilfsmaßnahmen und -programme für Eltern und Familien.
5. Für Jugendliche, die beim Start in eine Ausbildung Unterstützungsleistungen benötigen, sollte eine Einstiegsqualifizierung vorgesehen werden, die mit der Berufsschule verzahnt wird.
6. Die pädagogischen Anforderungen an die Lehrer sind auch aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten stark gestiegen. Es ist notwendig, den Lehrern den nötigen pädagogischen Freiraum zu gewähren. Eine positive Beziehung zwischen Lehrer und Schüler trägt entscheidend zur Verhinderung von Schulverweigerung und Schulabbruch bei.
7. Mobbing ist in unserer Gesellschaft und insbesondere im Schulalltag ein Problem. Die Schulen müssen Systeme (z. B. neutrale Anlaufstellen) entwickeln und vorhalten, um Mobbing zu erkennen und wirksam zu begegnen.
8. Die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sind in stärkerem Maße mit Sozialarbeitern auszustatten.
9. Eine aktive Jugendarbeit sowohl in Vereinen und Gruppen als auch durch Jugendämter der Kommunen ist zu fördern. Die Jugendarbeit sollte sich stärker zielorientiert auf die benachteiligten Jugendlichen ausrichten.
10. Das ehrenamtliche Engagement von Schul- und Ausbildungspaten sollte in Kooperation mit den Schulen ausgeweitet und gestärkt werden.